



Christopher Schmidt

Mitbestimmung: Mehr Demokratie oder Sozialpolitik auf dünnem Eis?

Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung
des Sparkassenwesens

Abhandlungen zum deutschen und internationalen Arbeits- und
Sozialrecht, Band 22

260 Seiten, 2024

ISBN 978-3-428-19279-3, geb., € 79,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428192793

Die Mitbestimmung im kollektiven Arbeitsrecht wird häufig mit dem Schlagwort »Mehr Demokratie wagen!« in Verbindung gebracht. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass dies bereits vom Ansatz her falsch ist: Zwar mögen Mitbestimmung und Demokratie einander verwandt sein, sie sind jedoch nicht deckungsgleich. Vielmehr setzt das Demokratieprinzip der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und in Unternehmen der öffentlichen Hand Grenzen, die vom Gesetzgeber, aber auch in der Verwaltungspraxis (v.a. bei der Rechtsformwahl und der Gestaltung von Gesellschaftsverträgen) zu beachten sind. Funktional ist das Demokratieprinzip insoweit den Grundrechten privater (Anteils-)Eigner vergleichbar.

Einen besonderen Fokus legt der Autor auf den Bereich der Sparkassen, der von den sog. freien Sparkassen abgesehen ebenfalls zum öffentlichen Dienst zählt. Insoweit wird aufgezeigt, dass hier die Vorgaben der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung (nahezu) flächendeckend nicht beachtet werden.

Inhalt

A. Einführung

B. Regelungen des Mitbestimmungsrechts

Verfassungsrecht — Einfaches Recht

C. Mitbestimmung als Partizipation

Gegenstand der Partizipation — Gemeinsame Grundlage von Partizipation und Demokratie — Legitimationsverstärkende, nicht legitimationsbegründende Wirkung

D. Verfassungsrechtliche Grenzen der Mitbestimmung

Mitbestimmung in Unternehmen der Privatwirtschaft — Mitbestimmung im öffentlichen Dienst — Mitbestimmung in privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung — Strukturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten

E. Sparkassenwesen

Historische Entwicklung der deutschen Sparkassen — Mitarbeiter der Sparkassen — Rechtsformen und Eigentumsstrukturen — Kommunale oder funktionale Selbstverwaltung — Regelungen zum Personalvertretungsrecht der Sparkassen

F. Ergebnisse

Thesen — Schluss

Anhang: Auszüge ausgewählter Landesgesetze

Verfassungsrecht — Allgemeines Personalvertretungsrecht — Sparkassenrecht